

877 der Beilagen. — Konstituierende Nationalversammlung.

Antrag

des

Abgeordneten Steinegger und Genossen,

betreffend

Änderung der Wohnungsnot durch Wiederverwendung der seit dem Umsturze zu Kanzleizwecken und Magazinen umgewandelten Wohnungen für Wohnzwecke.

Seit dem Umsturze sind eine Reihe fremder Elemente in allen Städten und Industrieorten zugewandert, um dort sich ganz oder vorübergehend anzusiedeln. Eine ganze Reihe von volksfremden Elementen siedelte sich einzig zu dem Zweck an, um durch unreelle, unlauntere Geschäfte auf Kosten des Volkes sich zu bereichern. Dabei verstanden es diese Personen, sich Wohnungen zu verschaffen, welche sie für Kanzleizwecke oder als Lagerräume verwendeten, während sie selbst in Hotels und anderen Orten ihren wirklichen Aufenthalt nahmen. Die Bevölkerung ist durch ein solches Vorgehen doppelt geschädigt. Einerseits wird die Lebensmittelversorgung durch Schleichhandel, Kettenhandel u. dgl. für die ärmeren Bevölkerungskreise und den Mittelstand zu einer Unerreichbarkeit gemacht, andererseits wird die ohnehin aufs höchste gesteigerte Wohnungsnot noch verschärft.

Zur Behebung dieser Übelstände stellen die Gefertigten den Antrag:

„Die Regierung wird aufgefordert:

Die Länder und Gemeinden zu ermächtigen, alle für solche Zwecke seit dem Umsturze verwendeten Wohnräume wieder zu wirklichen Wohnräumen für die einheimische Bevölkerung umzugestalten.“

In formaler Hinsicht wolle dieser Antrag ohne erste Lesung dem Ausschusse für soziale Verwaltung zugewiesen werden.

Wien, 15. Juni 1920.

Alexmahr.	Hans Steinegger.
Hahn.	Dersch.
Huber.	Dr. Maier.
Dr. J. Wagner.	Dr. Schneider.
Isz.	Bischitz.
	Bieschnegg.

Osterreichische Staatsdruckerei. 523620